

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1918**

225 (26.9.1918)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe: Montag mittags Geschäftszeit: 1/8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Spalt. Kolonieteil od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für gew. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie. Karlsruhe.

### Die Parteitagung in Berlin.

Berlin, 24. September.

Der Parteiaussschuß und die Reichstagsfraktion traten am Montag vormittag im Reichstagsgebäude zusammen. Der Vorsitzende Ebert wies bei der Eröffnung der Sitzung auf die außerordentlich schwerwiegende Bedeutung der zu pflegenden Erörterungen und der zu fassenden Beschlüsse hin.

Ueber die politische Situation berichtete Genosse Scheidemann. Er bezeichnete als das einzige Erfreuliche in der Entwicklung der letzten Zeit den vollständigen Zusammenbruch des imperialistischen Abenteuerstums. Wenn die Regierung Vertrauen nach außen gewinnen will, muß sie es zunächst nach innen gewinnen; hier sieht es aber sehr schlecht aus. Ich weise nur hin auf die Handhabung des Belagerungszustandsgesetzes und der Notverordnung und auf die Art und Weise, wie die Regierung bei der Rechtskommission zugehört hat, ohne zur Auflösung zu scheitern. Die Beschwern darüber, daß in der Verwaltung andere Verhältnisse maßgebend sind als die Zivilregierung, wollen nicht aufkommen. So ist ein

#### Erlaß des Kriegsministers

Ergebnis, wonach Versammlungen verboten werden sollen, in denen für eine Verhängung auf Grundlage der Friedensresolution des Reichstags Propaganda gemacht wird. Wir haben beim Reichstagspräsidenten hiergegen energisch protestiert. Die Regierung ist gegenüber diesen Einflüssen viel zu schwach gewesen, sie hat alles Mögliche zugesagt, aber nicht die Kraft aufbringen können, um es durchzuführen. Man ist sich in der Reichstagsmehrheit ziemlich einig darüber, daß ein solcher Zustand die Erreichung des Friedens erschwert. Scheidemann gab dann vertrauliche Auskünfte über die Verhandlungen der letzten Zeit und sprach sich u. a. darüber aus, daß die Nationalliberalen nur dann in der Reichstagsmehrheit zugelassen werden können, wenn sie sich respektvoll auf den Boden stellen, den die Mehrheit der Friedensresolution für den richtigen hält. Wie sollen wir uns nun

#### zu einer neuen Regierung

halten? Daß wir der jetzigen Regierung kein Vertrauen entgegenbringen, haben wir durch Ablehnung des Etats bewiesen. Sollte unsere Beteiligung an der Regierung in Frage kommen, so erscheint uns die Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung, wonach niemand gleichzeitig Mitglied des Reichstages und des Bundesrats sein könne, als eine der unumgänglichsten Voraussetzungen. Im übrigen glauben wir, daß Mitglieder unserer Partei in dieser ernsten und schweren Zeit wohl in eine Regierung eintreten könnten, die den Frieden herbeiführen könnte oder, wenn dieser nicht zu haben ist, die nationale Verteidigung organisieren muß, natürlich unter ganz bestimmten Bedingungen. Im Vergleich zu der jetzigen Situation war all unsere Arbeit vor dem Kriege geringfügig. Ob eine parlamentarisch zusammengebaute Regierung den Frieden herbeiführen kann, wissen wir nicht. In einer solchen Regierung könnten wir natürlich ganz anders arbeiten, als wenn wir nur dranhängen ständen und kritisierten. Auf der anderen Seite würden wir eine fürchterliche Verantwortung zu übernehmen haben. Aber in einer Situation, wie der jetzigen, dürfen wir uns der Verantwortung nicht entziehen, wenn nach nur die Spur von Wahrscheinlichkeit da ist, daß wir dem Frieden ein Ende bereiten könnten. Ob eine solche Spur von Wahrscheinlichkeit vorliegt, das würde ich nicht behaupten, wenn die Sozialisten des feindlichen Auslandes diese Behauptung machen wie wir. Aber davon bin ich leider nach all unseren Erfahrungen nicht überzeugt. Auf unsere Friedensinterpellation von 1915 hin taten die Sozialisten der Ententeländer nichts, das Friedensangebot von 1916 und die Friedensresolution von 1917 wurde mit Hohn und Spott aufgenommen und auch noch heute die Buzian-Note. Wir wissen allerdings zu wenig von den französischen und englischen Genossen, aber nach alledem, was wir bisher von ihnen erlebt haben, ist unsere Hoffnung sehr mäßig. Wir müssen also immer, in der Hoffnung, daß die Sozialisten dort doch etwas anderes tun, damit rechnen, daß wir uns selbständig auf unseren eigenen Boden stellen und die Verantwortung voll übernehmen müssen. Lediglich waren wir immer dann, wenn unsere militärische Situation am glänzendsten war, von heftiger Opposition, weil wir befürchteten, daß diese Situation ausgenutzt werden könnte, um die anderen besonders zu schädigen. Aber daraus ergibt sich für uns, daß auch wir uns zu wehren haben, auch äußerlich, damit es uns nicht so geht. Wir haben also die nationale Verteidigung zu organisieren, so lange der Frieden nicht zu haben ist.

#### Am Auslande behauptet man, mit der deutschen Regierung

zu verhandeln zu können, weil sie unelbständig und ihr Verhalten zweideutig sei. Leider kann man sich im Auslande auf gewisse Beispiele dafür berufen, so auf Drexler-Litovsk und auf das Verhalten in der Wahlrechtsfrage. Man sagt im Auslande allerdings auch, daß der Reichstag nicht die Macht habe, was er wolle, denn wenn er diese Macht hätte, dann hätte er mindestens die Macht haben, eine Regierung einzusetzen, die das will. Wir fordern prinzipiell vollständige Demokratisierung. Eine von dem demokratisch gewählten Reichstag bestellte

#### eine Volksregierung

würde, der wir grundsätzlich zustimmen müßten. Von reinem Parteipunkt aus erscheint es sehr zweifelhaft, ob die Partei gewinnen kann, wenn Mitglieder von ihr in die Regierung eintreten. Zweifellos wird jeder Tag neuen Verdruß, neue Anklagen und Verleumdungen bringen und uns die Verantwortung für Dummheiten aufhalsen, an denen wir unschuldig sind, aber höher als alle Verantwortlichkeiten muß uns das Schicksal unseres Volkes, das Leben unserer Soldaten stehen, die draußen im schwersten Kampfe liegen, wo wir vielleicht die Möglichkeit hätten, den Krieg zu Ende zu bringen. Nach vollständiger Erwägung allen für und Widerstand der Parteivorstand, Ihnen eine glatte Ablehnung, sich an der Regierung allenfalls zu beteiligen, nicht empfehlen zu können, aber jedenfalls die Teilnahme abhängig zu machen von der Erhellung bestimmter Bedingungen.

Eine wirkliche Parlamentarisierung kann sich natürlich nicht darauf beschränken, daß nur Staatssekretär- und Ministerposten mit Abgeordneten besetzt werden, sondern es müssen auch in andere höhere Verwaltungsstellen Abgeordnete kommen, sonst ist es unmöglich, die dicke Mauer der Bürokratie zu durchbrechen, und nicht nur im Reich, sondern auch für Preußen mit seiner Junterverwaltung ist das unumgänglich wichtig. (Zustimmung.) Die Entscheidung des heutigen Tages wird von unabsehbarer Tragweite nicht nur für die Partei, sondern für das ganze Reich sein. Ueberlegen und erörtern Sie diese Frage gründlich!

#### In der darauf einbezogenen sehr lebhaften

#### Aussprache

forderte noch die Ergänzung der Forderungen dahin, daß zum deutschen Friedensprogramm die Stockholmer Denkschrift der deutschen Sozialdemokratie gemacht und daß öffentliche Friedensverhandlungen gefördert werden. — Seine betonte die Notwendigkeit, durch ein festes bindendes Programm der Wehrzeit zu verhindern, daß einzelne bürgerliche Abgeordnete dieser Partei etwa bei einer Verringerung der militärischen Lage wieder annexionspolitische Nebensarten machen. Jedenfalls ist eine Vorbedingung des Friedens, daß wir von einer Einmischung in die innere Politik Belgiens absehen, daß der Prinz von Hessen auf seine Kronlandnatur verzichtet und daß Politik treibende Militärs zurückberufen werden. — Weims-Magdeburg bezweifelte, daß trotz der brennenden Notwendigkeit die Gerichten in Preußen die Bedingungen der Sozialdemokratie selbst jetzt noch erfüllen werden. Nach dem Verlauf der vier Kriegsjahre könne man ihnen vertrauen, daß sie bis an den Rand des Verhängnisses gehen werden. — Rostke besprach die Stimmung im Volk, wobei er u. a. darauf hinwies, wie sich der absolute Mangel an Politik unserer Volksseele jetzt rade. — Meerfeld betonte die Notwendigkeit, militärischen Einmischungsgeleiten in die Politik und die Verwaltung einen sicheren Riegel vorzuschieben. — Cohen-Kreuz wies darauf hin, daß eine Verständigung mit den französischen Sozialisten durch Erklärung Elsaß-Lothringens zum selbständigen Bundesstaat angestrebt werden müsse, und daß es dringend notwendig erscheint, den Drexler-Litovsker Frieden noch während des Krieges zu revidieren, da sonst auf dem allgemeinen Friedenskongreß England und Frankreich sich als die Retter des Auslands mit Erfolg aufspielen würden. — Haberland berichtete, daß die Genossen am Niederreith sich gegen den Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung unter den bekannten Bedingungen nicht absolut ablehnend verhalten. — Leinert gab der Forderung nach Einführung des gleichen Wahlrechts für alle Bundesstaaten durch den Reichstag den Vorzug vor dem Verlangen nach Auflösung des Landtags, die eine Neuaufgabe der Wahlrechtskommission nicht unbedingt verhindern würde. — Dr. Durrer erklärte als das Gebot des Augenblicks die Vorseitigung der Militärherrschaft.

#### In der Nachmittagsitzung lief ein Antrag noch ein:

Der Eintritt von Parteigenossen in die Regierung kann nur dann in Betracht kommen, wenn die Mehrheitsparteien und Regierungen sich öffentlich ausdrücklich und unbedingt auch für die Forderungen festlegen, die in der Erklärung unserer Vertreter für die internationale sozialistische Friedenskonferenz in Stockholm enthalten sind und in den Verhandlungen mit dem Genossen Troelstra berichtigt sind.

Ebert vertritt den Standpunkt, daß wir keinen Zweifel daran lassen dürfen, daß ein Frieden in jedem Preis unter keinen Umständen in Betracht kommen kann, sondern daß wir alle das Rechte daran sehen müssen, um die gebotenen Lebensinteressen des Landes und des Volkes zu vertreten. (Sehr richtig!) Zur Sache selbst erklärt er, daß es für den Eintritt in ein Ministerium nur zwei Wege gäbe, entweder wir stellen ein Minimalprogramm auf, oder aber ein Maximalprogramm. Beim Minimalprogramm muß man prüfen, was möglich ist, und da darf man nicht verzeihen, daß man in einer Koalition mit bürgerlichen Parteien operiert und auf dem Wege der Verständigung das durchsetzen muß, was notwendig ist. Dann müsse man darauf zurücknehmen, daß wir in Deutschland mit dem Zentrum zusammenarbeiten gezwungen sind. Bezüglich des Wahlrechts bedeuete die Forderung die Auflösung des Abgeordnetenhauses, wenn auch der Kommission des Herrenhauses nicht das gleiche Wahlrecht herauskomme. Daher habe ich erst jetzt wieder erklärt, daß Vertilgung, wenn nicht baldigt aus dem Ausschuß des Herrenhauses das gleiche Wahlrecht herauskommt,

#### zur Auflösung

fähreiten wolle. Wollte man das Zentrum für das gleiche Wahlrecht haben, dann geht es eben ohne Sicherungen in der Schul- und Kulturpolitik nicht ab. Auch im übrigen seien die Bedingungen, die der Vorstand vorschlägt, wohl durchacht und den Verhältnissen entsprechend. Ueber das Völkerecht werde eine Verständigung mit den übrigen Parteien und der Regierung möglich sein, wenn man bedenkt, daß man den Bogen nicht überspannen darf, dann werde man nicht Forderungen aufstellen dürfen, die Verhandlungen von vornherein zum Scheitern zu bringen. Wollte man jetzt keine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien und der Regierung, dann müsse man allerdings die Dinge laufen lassen, aber niemand könne doch der Meinung sein, daß solche Zustände wie in Rußland bei uns wünschenswert sind. Wir müssen uns im Gegenteil in die Weiche werfen und sehen, ob wir genug Einfluß bekommen, um unsere Forderungen durchzusetzen.

Scheidemann schließt sich im allgemeinen den Ausführungen Eberts an. Von der Stimmung dürfe man sich nicht leiten lassen, wenn auch die Stimmung ein Moment sei, allerdings nur ein, aber nicht das ausschlaggebende. Es komme jetzt nicht darauf an, ein möglichst weitgehendes Programm auszuarbeiten und den anderen Parteien und der Regierung mit dem Kommando: Bogel freiß oder stirb! vorzulegen, sondern die Forderungen durchzuführen. Das werde seinen Eindruck auf das Ausland nicht verfehlen. Die Verantwortung für die weitere Entwicklung liege ausschließlich beim Zentrum. — Heinrich Schulz: Werde man Deutschland auf moderner Grundlage aufbauen, so werde man damit Friedensbedingungen in den feindlichen Ländern stärken. Er glaube deshalb, daß man durch eine Beteiligung an der Regierung dem Frieden nützen werde. — Landsberg hielt für jetzt nicht die Mög-

lichkeit, durch den Eintritt in das Ministerium einen wesentlichen Teil unserer politischen Grundsätze durchzusetzen. Er ist deshalb dafür, daß wir uns jetzt zu einem derartigen Experiment nicht verstehen, sondern abwarten, bis uns bessere Bedingungen gestellt werden.

Ebert trat dafür ein, unter den vorgeschlagenen Bedingungen an der Regierung teilzunehmen, da man sich nicht befeite stellen und selbst ausschalten dürfe, gerade im Hinblick auf die Möglichkeiten künftiger Verwicklungen. — Reil unterzog das Regime Eberts einer scharfen Kritik. Der Reichstagspräsident habe die Verpflichtungen, die er gegenüber der Reichstagsmehrheit bei seiner Ernennung eingegangen sei, in keiner Weise erfüllt. — Tuer-München unterjuchte die Frage der Stärke der Partei und gab die Anregung, die wichtige Frage der Beteiligung an der Regierung der Entscheidung des Parteitag zu unterbreiten. — Ein Antrag Weims-Löbe-Landsberg lautet:

#### „Fraktion und Parteiaussschuß halten die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung zurzeit nicht für tunlich.“

Otto Braun vom Parteivorstand wandte sich nachdrücklich dagegen, daß die Partei in der jetzigen Situation durch Beteiligung an der Regierung die Mitverantwortung übernehmen soll und besprach besonders eingehend den Stand der preussischen Wahlrechtsfrage, wobei er gleichfalls das Verhalten der Regierung auf das schärfste kritisierte. — Bogel-München schloß sich der Anregung, einen Parteitag einzuberufen, an. — Löbe-Breslau erklärte sich gegen die Teilnahme an der Regierung in der jetzigen Zeit. Bevor wir uns an der Regierung beteiligen, müßten wir die Gewähr haben, daß unsere Forderungen durchgeführt werden. — Emmel forderte scharfste Präzisierung dieser Forderungen. — Darauf verlas Ebert die vom Fraktionsvorstand inzwischen nochmals formulierten Bedingungen.

Davies polemisierte gegen Landsberg und führt aus, daß die Annahme der vorerwähnten Bedingungen durch die Mehrheitsparteien des Reichstags und das Zustandekommen einer Regierung auf dieser Grundlage bereits die Demokratisierung und die Volksregierung in Deutschland bedeute. Wir haben selbstverständlich den politischen Grundsatß zu verfolgen, daß man nicht die ganze Festung auf einmal nehmen kann, sondern zunächst eine erreichbare Bastion erstürmen, um von ihr auch weiter zu operieren. Wenn in der Arbeiterschaft eine solche Stimmung herrscht, so ist sie herborgerufen durch den inneren Stillstand. Darum keine passivistische Politik, nicht ein Befestigen wie die Unabhängigen, sondern ein aktivistisches Sprungauf für die Demokratie!

Unter Zurückziehung des vorher erwähnten Antrags Weims-Löbe-Landsberg wird folgender Antrag von den gleichen Antragstellern eingebracht:

„Die vom Vorstand in Aussicht genommenen Bedingungen gegenüber der Fraktion und dem Parteiaussschuß nicht für eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung.“

Ebert teilt mit, daß in Süddeutschland eine große Erbitterung über Preußen herrsche, nicht über das preussische Volk, wohl aber über die Junker- und Militärkastei.

Hiermit schloß die Debatte. In seinem Schlußwort erklärte Ebert: Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen wollen, daß das agitatorische Interesse der Partei für uns allein maßgebend sein müsse, dann müsse man die ganze Sache ablehnen. Wenn man aber die Situation auszunutzen suchen wolle, zugunsten unserer demokratischen Verfassungsmeinungen, und wenn man glaube, daß der Zusammenbruch unseres Landes, d. h. auch der Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft und unseres Arbeitslebens, der Partei nicht gleichgültig sein könne, dann müsse man ernstlich prüfen, ob wir das Wagnis auf uns nehmen können.

Hierauf wurde getrennt nach Körperchaften abgestimmt.

Die Frage, ob man damit einverstanden ist, daß unter den vorgetragenen Bedingungen eventuell die Partei Vertreter in die Regierung entsende, wurde von der Fraktion mit 66 gegen 10 Stimmen, vom Ausschuß mit 25 gegen 11 Stimmen bejaht. Der Antrag noch wurde von beiden Körperchaften abgelehnt, von der Fraktion mit allen gegen 9 Stimmen, vom Parteiaussschuß mit 23 gegen 10 Stimmen.

Der Antrag Landsberg ist dadurch erledigt.

Ueber die Anregung, die endgültige Entscheidung dem Parteitag vorzubehalten, stimmte nur der Parteiaussschuß ab. Er lehnte die Anregung mit Stimmengleichheit (19 gegen 19 Stimmen) ab.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

### Zerfünftöne.

Angeht die Regierungskrise schlägt ein Teil der rechtsstehenden Presse Töne an, die an der Zurechnungsfähigkeit ihrer Urheber zweifeln ließen, wenn dahinter nicht das erkennbare Treiben Hände, den totalen Zusammenbruch der alldemokratischen Politik durch hysterische Ausbrüche zu verbergen.

An der Spitze dieses Lobens stehen der „Bund der Kaisertruen“ und der „Preußenbund.“ Ihre Kundgebungen entziehen sich der Wiedergabe, hier bleibt wirklich nur die Alternative: Unzurechnungsfähige oder — schlammere!

Die „Deutsche Tageszeitung“ überschreibt ihren neuesten Kampfruf: „Unsere Catinariere“ und die „Deutsche Zeitung“ nennt Bayerns Stuttgarter Rede ein „politisches Verbrechen.“ Die „Berl. N. N.“ haben es auf Weideregung abgesehen, sie jammern laut, daß die Rechte „an die Wand geworfen“ werde — wer weint da nicht? — Sie zetern über „tyrannische Parteiherrschaft“ und „krasse Parteidiktatur.“ Nun wissen wirs endlich: Die Alldemokraten wollen das deutsche Volk vor Tyrannen und Diktatur retten!

Leider klappt in diesem Punkte die Regie nicht. Denn die „Deutsche Tageszeitung“ ruft zu derselben Stunde nach einem Diktator

erung.

Strube läßt die

Erziehungen und

tage 1/4 Uhr

ne zu Eigentum

Verfeinerung

r. Weg 5000 M

l. Weg 1500 M

urain 2000 M

ngbüßl 500 M

gärten 10 M

gärten 20 M

Weg 200 M

le Weg 450 M

gärten 850 M

400 M

pples 650 M

450 M

delhed 250 M

500 M

er Weg 350 M

l. Weg 600 M

380 M

600 M

er Weg 450 M

gärten 10 M

id 200 M

id 400 M

erlach 280 M

le Weg 250 M

Druck 300 M

400 M

ort 600 M

230 M

au 450 M

au 200 M

300 M

äder 400 M

rt 500 M

rechts 800 M

l. Weg 4500 M

(Sump) 400 M

grund 800 M

4918

4903

4909

4909

4909

4909

4909

4909

„In Deutschland ist vielleicht der größte Mangel das Fehlen eines solchen Mannes mit den erforderlichen Vollmachten. Wäre er da, so würde es mit dem Deutschen Reich anders aussehen und alle Sorge und Gerabstimmung vor froher und fester Zukunft verschwinden und viele eingebildete Größen im Innern, wenn auch vielleicht langsam und vergeblich sich wehrend, auf ihre natürlichen Dimensionen zurückgeführt werden.“

Und, o Ironie der Weltgeschichte, auch der „Deutschen Zeitung“ kommt plötzlich die Erleuchtung, daß wir den Wilson, Lloyd George und Clemenceau (hat diese nicht die Demokratie hervorgebracht?) keinen gleichwertigen Staatsmann entgegenzusetzen hätten!

In diesen Treibereien darf natürlich auch der Arbeiterindustrial-„Lokal-Anzeiger“ nicht fehlen, der sich bereits auf die Defaitisten-Jagd macht. Das wackere Scharblatt hat deutsche Defaitistenverdrängungen — es schreibt „bedeutendste deutsche Kreise“ — im Saag und in Kopenhagen entdeckt, wobei plötzlich der Name des Grafen Brodarski-Kanjan genannt wird — natürlich ganz ohne Absicht! Die „Deutsche Tageszeitung“ wird noch massiver im Lager der Reichstagsmehrheit „stehen und arbeiten unsere Feinde.“

Natürlich wird auch das übliche Geseul über den „Macht-hunger“ und „Parteisozialismus“, die „Anerkennung“ der Sozialdemokratie angeklammert. Die „Deutsche Tageszeitung“ schmeißt bereits mit der Anklage der „Preisgabe des Vaterlandes“ um sich.

Den Herren kann nur erwidert werden, daß die jetzige Situation am allermeinsten verlockend aussieht, um etwaigen „Macht-hunger“ zu stillen. Für die Sozialdemokratie läßt es sich vom Parteistandpunkt gar nichts Bequemeres und Günstigeres als denen, die die Verantwortung für das Vergangene tragen, auch die Verantwortung für das Kommende zuzuschreiben. Wenn sie die Frage einer Beteiligung an der Regierung nur erwägt, so kann gerade in diesem Falle nichts als die aufrichtige Sorge um Fortbestand und Zukunft des deutschen Volkes das treibende Motiv sein.

### Zur Lage.

Gestern und heute.

Kurz vor dem Zusammentritt des Hauptausschusses am Dienstag ist die Zentrumsfraktion zu einer Sitzung zusammengetreten, um über die sozialdemokratischen Bedingungen für den Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung zu erörtern. Die Zentrumsfraktion ist dabei nach vorliegenden Meldungen fast einstimmig zu der Auffassung gekommen, daß diese Bedingungen unannehmbar seien.

Dazu bemerkt das „Berliner Tageblatt“: „Diese Stellungnahme des Zentrums hat in den Reihen der Linken außerordentlich überrascht. Man versteht nicht, warum die Zentrumsfraktion, die noch gestern zum weitestgehenden Entgegenkommen gegenüber der Sozialdemokratie bereit gewesen war, heute einen völlig ablehnenden Standpunkt eingenommen habe. Man ist der Ansicht, daß sich durch Verhandlungen mit den Sozialdemokraten sehr wohl ein annehmbarer Ausgleich hätte finden lassen. Durch die Stellungnahme des Zentrums ist, wie man annimmt, die Situation sehr verschärft worden.“

### Ueber die Bedingungen der Sozialdemokratie

sagt das „Berliner Tageblatt“:

„In dem Programm ist nicht besonders ausgesprochen, daß in Zukunft bei Entscheidungen über Krieg, Frieden und Bündnisverträge der Reichstag mitzuwirken hat. Auch von einer Annahme, von einer Begnadigung der während des Krieges wegen politischer Vergehen Verurteilten ist nichts darin erwähnt. Die Sozialdemokraten verlangen nicht einmal, daß der Reichstag über die Verurteilung der während des Krieges wegen politischer Vergehen Verurteilten unter allen Umständen revidiert werde, und erklären nur, er dürfe kein Friedenshindernis sein. Alles, was in dem Programm über den Völkerverbund, über die Wiederherstellung Belgiens, über die Autonomie Elsaß-Lothringens, über die Ausschaltung unverantwortlicher Nebenregierungen, über die Veröffentlichungen der Krone und über die Zensur steht, unterstreichen wir für unser Teil Punkt für Punkt. Die meisten dieser Forderungen sind hundertmal in den Reichstagsdebatten auch von „bürgerlichen“ Rednern erhoben worden und zu irgendwelchem Gruseln besteht bei dieser Bedingungsliste wirklich kein Grund.“

## Die Antwort der Parteiführer.

\* Karlsruhe, 26. September.

Es wurde reichlich viel geredet am Dienstag vom Regierungstisch aus. Graf Hertling, der Vizekanzler, der Staatssekretär des Auswärtigen und je ein Vertreter der Seeres- und Flottenleitung, sie alle sprachen ihre langen und schönen Reden. Und das Ergebnis? Enttäuschung überall. Was nützen alle diese vielen und schönen Worte, die man schon tausendmal zu hören bekam, die man bald als stehender Satz in der Segerei stehen lassen kann, um sie das nächste Mal wieder zu verwenden; denn es ist ja immer ein und dasselbe, was da geredet wird und dessen das Volk so über alle Maßen überdrüssig ist. Zuversicht, Festigkeit, Durchhalten, das sind Formeln, die beim Volke keine Wirkung mehr auslösen, sie sind zu abgebraucht. Und wenn das Volk trotz alledem immer wieder mit Spannung den neuesten Ergüssen aus Regierungsmunde entgegensteht, so nur, weil es trotz der vielen Enttäuschungen dennoch hofft, daß endlich das einzige, das befreiende, erlösende Wort fallen wird, nach dem die ganze Welt mit Hängen und Bangen lechzt: Frieden und Freiheit. Und dieses Wort fiel auch dieses Mal wieder nicht. Die Regierung hat versagt. Dem Volke wurden wiederum Steine geboten statt Brot, Worte statt Taten.

Daß nun erst recht von einer Teilnahme der Sozialdemokratie an dieser Regierung keine Rede sein kann, bedarf kaum einer weiteren Betonung. Mit Deutlichkeit und Schärfe hob Genosse Scheidemann in seiner gestrigen Rede die Gegensätze zwischen unserer Partei und der Reichsregierung hervor. Trotzdem das Jahr das schwerste der Kriegszeit ist, hat die Regierung nicht beabsichtigt, die Einheit der inneren Front herzustellen; es konnte ihr das nicht gelingen, weil ihr von unverantwortlichen Stellen stets wieder Anknüpfel zwischen die Beine geworfen werden. Auch von den bürgerlichen Rednern, dem des Zentrums und der fortschrittlichen Volkspartei, wurden die Gründe der derzeitigen Mißwirtschaft bloßgelegt. Aber auch hier ist es mit dem „Darlegen“ nicht getan. Unsere Partei hat in ihren Richtlinien ein Programm für eine neu zu bildende Regierung aufgestellt; ihre Stellung ist klar. In den bürgerlichen Parteien liegt es, die Ratschläge anzunehmen; tun sie es nicht, so wird es ihre Sache sein, zu sehen, wie sie die großen Schwierigkeiten einer Lösung entgegenführen.

\* B.B. Berlin, 26. September.

Der Hauptausschuss des Reichstags trat heute im Anschluß an die gestrigen Ausführungen vom Regierungstisch in die Aussprache über die allgemeine politische Lage ein. Auch heute wohnten der Sitzung bei: Der Reichskanzler, eine Reihe von Staatssekretären, Minister und Bundesratsbevollmächtigte, sowie außer den Mitgliedern des Hauptausschusses zahlreiche Abgeordnete.

Abg. Eröber (Zentr.):

Von größter Bedeutung für den günstigen Ausgang des Krieges ist die Einheitlichkeit der inneren Front, die Uebereinstimmung von Regierung und Volk. Diese ist wesentlich gesichert durch die Rede des Vizekanzlers von Payer in Stuttgart der ein Regierungsprogramm entwickelte das auch die Zustimmung der Obersten Seeresleitung gefunden hat. Auf den Boden dieses Programms können die Parteien treten und an der Durchführung mitarbeiten. Notwendig zur Gewinnung und Stärkung des vollen Vertrauens unseres Volkes ist die völlige Offenheit unserer Politik. Den Nachbarstaaten, die sich im eigenen Interesse Deutschlands genähert haben, müssen wir entgegenkommen. Das Selbstbestimmungsrecht muß in der Praxis behandelt werden. Unter keinen Umständen darf die bisherige Außenpolitik aufrecht erhalten werden. Auf dem Gebiete der inneren Politik bietet die Santhabung des Belagerungszustandesgelehes Gegenstand fortwährender Beschwerden. Ich erwarte eute noch eine Erklärung des Reichskanzlers, was er in dieser Frage zu tun gedenkt.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Der Reichskanzler hat keine persönlichen Feinde im Hause. Aber die jährliche Segnerschaft gegen seine Politik ist gewaltig gestiegen, auch die Gemerktheit der Sozialdemokratie ist rein sachlich. Der

Reichskanzler hat nicht vermocht, zu verhindern, was wir nicht wünschen, und durchzusetzen, was wir verlangten. Das letzte Jahr war das schwerste. Wir sind dem Ziele nicht näher gekommen.

### Die Rückschläge im Westen

haben so schwer enttäuscht, da man so große Hoffnungen erweckt hatte, Hoffnungen, die viel zu weit gehen. Die Gegner geben sich einer Selbsttäuschung hin, wenn sie glauben, Deutschland zerschmettern zu können. Aber solche Selbsttäuschungen wirken kriegsverlängernd. Die gestrigen Ausführungen der Seeresverwaltung genigten nicht. Unsere Gegner haben in ähnlichen Lagen anders gehandelt. Sie verfahren viel offener. Der Krieg muß darauf eingestellt werden, uns vor Zerschmetterung zu bewahren. Ein solcher Verteidigungskrieg löst die Kräfte aus, die wir brauchen. Das militärische Siegesideal ist nicht das unsere. Die Ostpolitik ist uns nicht verständlich. Staatssekretär Solf kannte die Zusatzverträge zum Brest-Litowsker Friedensvertrag noch nicht, Vizekanzler von Payer aber kannte sie. Dadurch entstand der Eindruck der Zweideutigkeit.

Wir bezweifelten Kräfte im Osten und schwächen uns dadurch im Westen.

### Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk

ist ein schweres Hindernis für den Weltfrieden. Es bestehen allerlei Gerüchte über Pläne, unsere Linien im Osten vorzuschieben. Gestern haben wir schon gehört, daß solche Pläne bei der Regierung nicht bestehen. Aber der Zusatzvertrag und das Königsspiel in Finnland bleiben schwere politische Fehler. Der Landgraf von Hessen ist Offizier. Wer erlaubt ihm, seine Nationalität abzulegen, auf Abenteuer auszugehen und das Deutsche Reich festzulegen? Man lasse die Finger davon! Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß restlos durchgeführt werden.

Die Art, wie Staatssekretär v. Kühlmann gehen mußte, mußte verhängnisvoll wirken, weil sie bewies, daß bei uns die bürgerliche Regierung nicht regiert. Diese Vorgänge haben an der Front unglücklich gewirkt. Kühlmanns Nachfolger wurde von den Alldeutschen stürmisch begrüßt. Aber die Tatsachen haben sich als härter erweisen, und es kam die rednerische Friedensoffensive und die Friedensnote Oesterreich-Ungarns. Dadurch wurde der Eindruck eines Zwiegesprächs zwischen beiden Verbündeten hervorgerufen, in den die Gegner nun einhaken, ein merkwürdiger Parallelismus übrigens zwischen diesen Vorgängen und dem Ultimatum Oesterreich-Ungarns an Serbien von 1914. Die Reichsregierung bekennt sich zur Friedensentscheidung des Reichstags, der Kriegsminister aber gibt einen Erlaß heraus, der wie ein

### Faustschlag in das Gesicht der Reichsregierung

wirken muß. Lehnlich steht es in der belgischen Frage. Auch innerpolitisch kümmern sich Militär und Polizei nicht um die Absichten der Regierung. Auch mir wurde in Essen verboten, über das Wahlrecht, also über eine Regierungs-vorlage, zu sprechen. Die Eingriffe der Zensur sind unbegreiflich. Was wird nicht alles verboten! Die Stimmung im Lande wird in geradezu blödsinniger Weise verwirrt. Wie sollen wir, was der Reichskanzler wünscht, die Stimmung im Lande bessern, wenn das Militär sie verknüppelt? Und wie wirken diese Dinge auf die Stimmung an der Front! Unser Militär wird immer herrlicher, die Regierung aber immer schwächer.

### Fort mit allen Nebenregierungen!

Bei den Alldeutschen ist ein orger Katzenjammer eingetreten, auch in weiteren anders denkenden Bürgern und Beamtenkreisen. Wir werden unser Verhalten zur Regierung danach einrichten, ob die Regierung versteht, ihre vernünftigen Ansichten auch durchzusetzen. Die Ausführungen des Reichskanzlers über Belgien haben uns überrascht, nach allem, was wir über die Vorgänge dort wissen, und was Erzberger

neuerdings in seinem Buch dargelegt hat. Danach kann von einer belgischen Schuld nicht gesprochen werden. Aber der Völkerverbund eintritt, muß auch den Willen haben, jaldmöglichst wieder getzuzumachen. Das Militär in schweren politischen Fehler gemacht, und wir dürfen die Dinge nicht so weiter treiben lassen. Wer diese Fehler bekennen wird unsere Unterstützung finden.

General von Wisberg:

Der Erlaß des Kriegsministers, der von den Vorentscheidungen angezogen worden ist, richtet sich nicht gegen die Reichstagsentscheidung vom 19. Juni 1917. Dem Kriegsminister war bekannt geworden, daß die Zentralkommission für Völkerverbund in ihren Verhandlungen über den Rahmen jener Entscheidungen hinausging. Infolgedessen erging die Anweisung an die Generalstabkommandos. Die Verfügung des Kriegsministers betr. die Wahlrechtsfrage ist längst zurückgenommen.

Abg. Fischbeck (V. B.):

Wir hoffen bestimmt auf eine baldige Besserung der militärischen Lage, die auch jetzt noch nicht bestemmend ist. Die deutschen Wahlrechtsvorlage ist eingebracht worden, um mit dem Wahlrecht allein mit einer privilegierten Klasse zusammenarbeiten zu können. Nun muß die Regierung zeigen, daß es ihr auch ernst mit der Vorlage ist. Die Völkerverbund-Idee unterstützen wir mit großem Vertrauen, aber sie sind hingestellt in den politischen Zwischenstadien. Die Oberste Seeresleitung hat wiederholt eine andere Politik getrieben als die Reichsleitung. Mit Bezug auf die Vorgänge in Finnland, Kurland und auch in Elsaß-Lothringen bemerkte der Redner: Die politische Lage ist nicht so, daß die Sozialisten sich darüber unterhalten könnten, wie sie ihre eigene Hausmacht vernehmen.

Abg. Stresemann (Natl.):

Das Zentrum erklärt, daß es sich auf den Boden des Regierungsprogramms, das der Vizekanzler von Payer in Stuttgart darlegte, stellt. Das kann ich namens meiner Fraktion auch bestätigen. Es leiten uns dabei dieselben Gesichtspunkte wie im Herbst 1917.

Die Ausführungen des Staatssekretärs von Hinke haben unsere Zustimmung gefunden, und wir freuen uns, in ihm einen so hervorragenden Kenner der osteuropäischen Verhältnisse sehen zu können. Er wird die volle Zustimmung des Parlaments haben, wenn er den Bestrebungen entgegensteht, die darauf hinausgehen, einen Umsturz der heutigen russischen Verhältnisse durch Deutschlands Eingreifen herbeizuführen. Wir sind damit einverstanden, daß mit den Nachbarstaaten bald Konventionen abgeschlossen werden, die eine Konsolidierung der dortigen Verhältnisse ermöglichen. Die Konsolidierungsbestrebungen, die in Kurland von der Militärverwaltung in Angriff genommen worden sind, billigen wir.

Auch den russischen Zusatzverträgen stimmen wir zu, die in ihrer Gesamtheit Deutschlands und Russlands Interessen wahren. Die Verhältnisse in Rumänien erfordern unsere größte Aufmerksamkeit. Den Währungsfragen der Entente in Jassy muß mit größter Energie entgegengetreten werden. In Bezug auf Belgien spreche ich der Auffassung, daß Belgiens Schuldslosigkeit erreicht sei, um den falschen Auslassungen der Entente entgegenzutreten zu können. Die Differenzen zwischen der Militärverwaltung und der politischen Leitung auf dem Gebiete der Handhabung des Belagerungszustandes sind bedauerlich. Wir erhoffen in Bezug auf die Wahlrechtsvorlage eine Verständigung auf dem Boden der Vorlage zwischen Regierung und Herrenhaus.

Hierauf wurde die Aussprache auf Donnerstag vertagt. In Nachmittags wird eine Geheimnisfrage zur Entgegennahme eines ausführlichen Unterrichts über die militärische Lage stattfinden.

## Deutsches Reich.

**Automobiltempo und Schneedecke.** Die „Tägliche Rundschau“ tut sehr entrüstet über den Versuch, an Stelle des alten, weniger tauglichen Kanjals zu setzen. Gerade die Reichsparteien hätten immerzeit bei Herrn v. Bethmann-Hollweg die Parole ausgegeben, daß man ein Staatsverbrechen begebe, wenn man den Chauffeur vom Posthofe, während das Auto in voller Fahrt sei. — Das war wirklich schon bei Herrn v. Bethmanns Zeiten ein schönes Bild. Aber die Regierung Hertling, die schlecht und alles schleppen läßt, mit einem Automobil zu verfahren, heißt doch den Trost zum Dajen aufhören wollen. Auch fremdenbesuch wird das deutsche Volk nicht davon überzeugen, daß die Schneedecke ein Hofe ist.

**Eigentümliche M. v. N. Messung.** Die großen Fraktionen der Reichstagsfraktion und Reichstagsmitte haben durchgängig eine ihrer Mitglieder ganz besonders damit beauftragt, die dienstlichen und wirtschaftlichen Wünsche der Soldaten gegenüber der Seeresverwaltung zu vertreten. Für die sozialdemokratische Fraktion besorgt das beinahe ausschließlich Genosse Stüdemann. Während aber alle übrigen Fraktionen sich damit begnügen, den sachlichen Inhalt der Bescheide des Kriegsministeriums und der anderen amtlichen Stellen zu veröffentlichen, verümt die liberale Presse nie, stets hervorzuheben, daß die Anfrage von den Abgeordneten Marquardt (Natl.) und Dr. Müller-Meininger (V. B.) ausgegangen sei. Das unwürdige einer solchen Reklame liegt auf der Hand. Hoffentlich genügt dieser Hinweis dazu, daß sie aufhört. Schlimm genug, daß er überhaupt nötig wurde.

## Baden.

**Die Anrechnung der Kriegsdienstzeit.** Das Ministerium der Finanzen hat folgendes bestimmt: Kriegsteilnehmer, die nach bestandener Diplomprüfung als Maschinen-Ingenieur-Praktikanten aufgenommen werden wollen, haben bei ihrer Meldung dem Ministerium der Finanzen anzugeben, ob und in welchem Umfang eine Anrechnung vom Kriegsdienst auf das Hochschulstudium stattgefunden hat. Das Ministerium der Finanzen bestimmt dann die Art der Verteilung der etwa noch verbleibenden Zeit des anrechnungsfähigen Kriegsdienstes auf die einzelnen Abjante des Vorbereitungsdienstes.

\* Ettlingen, 25. Sept. In Farchheim konnten die Eheleute Johannes Kage l und Franziska geb. Wäh das hellene Fest des goldenen Hochzeit begehen. — In Rufensbad feierten die Eheleute Josef Beder und Katharina geb. Müller ebenfalls die goldene Hochzeit.

\* Nordrach bei Gegenbach, 26. Sept. Wegen Kindes-tod wurde die ledige Magdalena Huber vom Zinten Wosbach verurteilt. Ihr Vater, der in der 50 Jahre stehende Hilfs-waldarbeiter Anton Huber, sollte unter dem Verdacht der Missetat verurteilt werden. Er entzog sich aber der irdischen Gerechtigkeit und beging Selbstmord durch Gift.

\* Seibelberg, 25. Sept. Der 5 Jahre alte Peter Falter von Hölterbach spielte auf Brettern und fiel auf eine Schanze, wobei er eine Schädelbrüche-plitterung erlitt, an deren Folgen er starb.

\* Weinsheim, 25. Sept. Die Andresse Stahlfabrik brann zum größten Teil heute nieder. Der Schaden und die Ursache unangeführt sind noch nicht festgestellt.

### Deutscher Tagesbericht.

Größtes Hauptquartier, Amtlich, 25. Sept. 1918.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

**Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:** Keine Erkundungstätigkeit in Flandern. Zwischen Moerres und dem Walde von Gaurincourt lebte der Artilleriekampf auf. Bei Moerres schloß sich ein Angriff des Feindes an.

**Heeresgruppe Böhme:** Westlich von Epehy nahmen wir in heftigen Gegenangriff die vor den Kämpfen am 22. September erhaltene Linie wieder.

Zwischen dem Dignon-Bach und der Somme nahmen Engländer und Franzosen ihre Angriffe gegen St. Quentin wieder auf. Sie waren von starker Artillerie und Panzertruppen begleitet. In Contruet, Gricourt und Francilly, Selency führte der Gegner am frühen Morgen Fußangriffe des Feindes, in heftigen, bis gegen Mittag fortgesetzten Angriffen die Einbruchsstelle zu erweitern, schloß sich durch Artillerie und Flieger wirksam unterstützte Gegenstöße unserer Artillerie und Pioniere brachten gegen Mittag Contruet und Gricourt wieder in unseren Besitz; die zwischen beiden Orten gelegene Höhe wurde nach wechselvollem Kampf wieder genommen. Francilly-Selency blieb in Feindeshand.

An der übrigen Front brachen keine Angriffe mehr schon vor unseren Linien zusammen. Wo er sie erreichte, wurde er im Gegenstoß wieder zurückgeworfen.

**Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:** Zwischen Vesle und Glenne brachen Sturmabteilungen in die feindlichen Linien. Ein starker Gegenangriff, den der Feind nach Abschluß dieser Kämpfe gegen unsere Auspostenstellungen richtete, wurde abgewehrt. Bei kleineren Unternehmungen über die Vesle und in der Champagne machten wir Gefangene.

Wir schossen gestern im Luftkampf 28 feindliche Flugzeuge und 6 Feielfallone ab. Leutnant Rumohr erlangt seinen 42., Leutnant Jacob seinen 30. Luftsieg.

**W. Sonderbericht der Heeresgruppe Herzog Albrecht:** Bei Hagen und schlechter Sicht blieb die Gefechtsfähigkeit im allgemeinen gering und nur an der Mosel und in den Vogesen, in der Gegend westlich von Markirch war sie beiderseits vorwiegend etwas lebhafter.

#### Der 1. Generalquartiermeister: Rubendorff.

Die dich gebär,  
Die dich erzog zum Mann,  
Die Heimat pocht  
Am Hufe bei dir an.  
Wer eilt nicht schnell,  
Mit voller Hand herfür,  
Sich die seine Mutter  
Bittend vor der Tür?

#### Deutscher Abendbericht.

Berlin, 25. Sept., abends. (W. Amtlich.) Zwischen Dignon-Bach und Somme wurden erneute Angriffe des Feindes abgewehrt.

#### Die feindlichen Heere überichte.

Englischer Heeresbericht vom 24. Sept., abends. Wir führten heute früh im Zusammenwirken mit den Franzosen eine gelungene Unternehmung im Abschnitt von St. Quentin aus. Beim Morgengrauen griffen englische Truppen auf einer Front von über vier Meilen von der Gegend des Ominon-Baches aus südwärts an. Gute Fortschritte wurden längs dieser ganzen Front erzielt und etwa 500 Gefangene von uns gemacht. Auf starken Widerstand stießen wir an einer Anzahl von Punkten, besonders in der Gegend von Selency, wo der Kampf noch andauert. Ein örtliches

Gefecht fand heute noch nordöstlich von Epehy statt, dessen Ergebnis eine leichte Verbesserung unserer Linien war. Von der übrigen Front nichts zu melden.

**Französischer Heeresbericht vom 24. September, abends.** In der Gegend östlich von St. Quentin machten die französischen Truppen in Verbindung mit der englischen Armee am Morgen neue Fortschritte. Sie bemächtigten sich Francillis, Selencys, L'Epines, Deraballon und des Dorfes Ballon trotz des energischen Widerstandes der Deutschen. Mehr im Süden trugen die Franzosen ihre Linien bis an den Westrand von Giffecourt (?) vor. Die Franzosen machten mehr als 500 Gefangene und erbeuteten eine große Anzahl von Maschinengewehren. An der Westfront gelang es den Deutschen im Verlauf eines heftigen Angriffs in der Gegend von Clennes (Clannes?), in den vorgeschobenen Stellungen der Franzosen Fuß zu fassen. Ein Gegenangriff der französischen Truppen stellt ihre Linie vollständig her und brachte ihnen 50 Gefangene ein.

**Amerikanischer Bericht vom 23. September, abends.** In der Woivre-Ebene machten wir neue Fortschritte, bei denen wir 29 Gefangene machten und zwei Maschinengewehre erbeuteten. Drei feindliche Handflieger in der Woivre-Ebene und in den Vogesen wurden abgewiesen.

#### Fliegerangriffe auf Frankfurt a. M. und Kaiserlautern.

**W. Karlsruhe, 25. Sept.** Heute Vormittag wurde Frankfurt a. M. alarmiert, da die Anwesenheit feindlicher Flieger in den Nachbarbezirken gemeldet war. Um die Mittagszeit erfolgte ein feindlicher Angriff auf die Stadt. Nach bisheriger Feststellung wurden etwa 16 Bomben abgeworfen, die zum Teil in die Stadt, zum Teil auf freies Gelände fielen. Eine davon brach in ein weit erkennbares Krankenhaus. Es wurde Sachschaden, jedoch kein militärischer angerichtet. Leider wurde eine Person getötet und 5 in der Mehrzahl leicht verletzt. Es sind bisher 2 feindliche Flieger als abgehojten gemeldet. Der letzte erfolgte Abwurf auf eine Mainzer Kirche und der heutige auf ein hiesiges Krankenhaus kennzeichnen wiederum hinreichend den Bormurf der Barbarei aus feindlichem Munde. (S. R.)

#### Karlsruhe, 25. Sept. (W. A.) Heute Vormittag zwischen 10 und 11 Uhr verübten feindliche Flieger die offene Stadt Kaiserlautern anzugreifen. Rechtszeitig von den Flugwachen gemeldet, wurden die Flieger von den Abwehrformationen erwartet und so frühzeitig unter gezieltes Feuer genommen, daß es ihnen nicht gelang, über das Weichbild der Stadt zu kommen. Wahlos mußten sie ihre Bomben auf freies Feld und an der Peripherie der Stadt abwerfen. Es wurde einiger Häuser Schaden und kein Personenschaden verursacht. Zwei Flugzeuge wurden abgehojten. (S. O.)

#### An der mazedonischen Front.

**Bulgarischer Bericht.** W. Sofia, 25. Sept. (Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht vom 23. September: Mazedonische Front: Am oberen Stumbi-Dal drangen unsere Sturmtruppen in feindliche Gräben ein, von wo sie mit französischen Gefangenen zurückkehrten. In der Mokra-Planina und bei Cerderna Stena wurden mehrere feindliche Sturmabteilungen durch Feuer zerstört. Nördlich von Bitolia griffen feindliche Partisanen nach fruchtiger Artillerievorbereitung unsere Stellungen an, wurden aber mit beträchtlichen Verlusten zurückgeworfen. An der Cerna-Mündung verübte sich die Feuerfähigkeit. An der übrigen Front mäßige Kampfaktivität. Nördlich Bitolia waren feindliche Flieger Bomben auf Militärkaserne, die deutlich erkennbar die üblichen Abzeichen trugen.

**W. Sofia, 25. Sept. (Nicht amtlich.)** Bulgarischer Tel.-Ag. Generalstabchef Buroff gab Pressevertretern eine längere Erklärung über den Gang der in Mazedonien begonnenen Operationen. Dem Feinde, sagte er, ist es um den Preis außerordentlich schwerer Verluste gelungen, in gewisser Ausdehnung Boden zu gewinnen. Die Räumung dieser Zone wurde vom Oberkommando angeordnet, um die Armee der Nation in unerwarteter Schlagkraft zu bewahren und im entschei-

henden Augenblick zur Verfügung zu halten. Unsere Truppen fügten den feindlichen Truppen schwere Verluste zu. Ein anderer Stoß richtete der Gegner gegen unsere Stellungen zwischen dem Bardar und dem Doiran-See, aber trotz großer Aufwandes von Munition und der Teilnahme bedeutender Streitkräfte brach der Stoß des Feindes an dem Widerstand der neunten Division. Der Gegner erlitt Verluste, die auf mindestens 8-9000 Tote und Verwundete geschätzt werden können. In diesen Tagen der großen Kämpfe an der Südfront, so sehr General Buroff, ist es notwendig, daß das bulgarische Volk seine feindliche Stärke und seinen Glauben an den glücklichen Ausgang der Operationen bewahrt.

**Französischer Orientbericht vom 24. September.** Die Verfolgung wird auf der ganzen Front von Monastir bis zu den Belack-Bergen fortgesetzt. Der Feind zieht sich in größter Aufregung in der Richtung auf Beles, Zit, Prilep, Titiv und Stumita zurück. Französische Kavallerie ist am 23. September in Prilep eingerückt. Die Zahl der Gefangenen ist weiterhin ständig im Wachsen. Ein Tausend Geschütze, darunter einige schwere, wurden erbeutet.

**W. Serbischer Heeresbericht vom 23. September.** Neuter. Die Serben fahren fort, den Bardar zu überdecken und sind dort in Fühlung mit dem Feinde. Sie haben das Maslo der Brensta-Planina und die Straße Gradeca-Prilep erreicht und einige Eisenbahnhänge auf der Bardar-Bahn erbeutet.

#### Die Lage in Palästina.

**Türkischer Bericht.** W. Konstantinopel, 25. Sept. (Nicht amtlich.) Amtl. Bericht von gestern: An der Palästina-Front nahmen unsere Bewegungen den geplanten Verlauf. Der Engländer folgt nur schrittweise. Sonst nichts Neues.

**Englischer Heeresbericht aus Palästina.** Westlich des Jordan zieht sich der Feind auf Aman an der Hedschasbahn zurück. Er wird von australischen, neuseeländischen, westindischen und jüdischen Truppen verfolgt, die es Saalt erreichten, Geschütze erbeuteten und Gefangene machten. Im Norden hat unsere Kavallerie nach geringem Widerstand Haifa und Akka (nördlich Ace) genommen. Die Zahl der Gefangenen wächst. Ihre Gesamtzahl wird die 25000, die bereits gemeldet wurden, erheblich übersteigen. Arabische Streitkräfte des Königs Hussein haben Raanee genommen und trieben feindliche Truppen, die sich längs der Hedschasbahn nach Norden auf Aman zurückziehen, vor sich her.

#### Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

**W. Wien, 25. Sept. (Nicht amtlich.)** Amtlich wird verkündet: An der Tiroler Südfront und an der Brenna und Riva schloß sich italienische Erkundungsvorstöße an. In den sieben Gemeinden setzte der Feind gestern bei Canace seine Teilangriffe fort. Die Angreifer, Italiener und Tschedow-Slawen, wurden überall zurückgeworfen, an einer Stelle durch den Gegenstoß von Parbubitzer-Drägern.

Der Chef des Generalstabs.

#### Berjents.

**W. Berlin, 25. Sept. (Amtlich.)** Im Monat August haben die Mittelmächte rund 420 000 B.M.T. des für unsere Feinde nutzbaren Handelschiffraumes vernichtet. Der dem Feinde zur Verfügung stehende Handelschiffraum ist somit allein durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte seit Kriegsbeginn um rund 19 220 000 B.M.T. verringert worden. Hiervon sind etwa 11 920 000 B.M.T. Verluste der englischen Handelsflotte. Nach inzwischen gemachten Feststellungen, sind soweit bisher bekannt, im Monat Juli außer den feinerzeit schon bekanntgegebenen Verlusten der feindlichen oder im Dienste unserer Gegner fahrenden Handelschiffe noch mehrere Schiffe von zusammen etwa 40 000 B.M.T. durch kriegerische Maßnahmen schwer beschädigt in feindliche Häfen eingebracht worden.

**Stagen, 25. Sept. (W. A.)** Nicht amtlich) Meldung von Nikaus Viro. Das schwedische Kanonenboot „Gunde“ ist sechs Meilen von Stagen entfernt auf eine Mine gestoßen. Von der Besatzung sind der Führer und 19 Mann ertrunken. Zwei Torpedoboote kamen mit den übrigen zehn Mann in den Hafen. Einer war tot, zwei schwer und drei leicht verwundet und vier sind unverletzt. Man glaubt, daß die Mine zu einem ganz neuen Minentyp gehört.

### Mein Onkel Benjamin.

Roman von Claude Tillier.

(Fortsetzung.)

„Sie haben recht, Herr Mingit; aber wenn dieses Weien zum doch von Arabella gekostet wird?“  
„Hui, Benjamin! Arabella hat zu viel von meinem Blute in ihren Adern, um sich in einen Viconte zu vermannen. Ich hab' ein Kind des Volkes, einen Mann wie du, Benjamin, mit dem ich lachen, trinken und philosophieren kann; einen gewöhnlichen Arzt, der mit mir meine Skundichkeit ausbeutet und mit seinem Wissen das erjert, was mir die Unterirdung des Urins nicht entdecken kann.“

„Einen Augenblick,“ sagte mein Onkel, „ich sage Ihnen vorher, Herr Mingit, daß ich mich bei dem Urin nicht zu befragen hab'ich.“

„Und weshalb, mein Herr, wollen Sie den Urin nicht befragen? Lauf, lauf, Benjamin; es war ein Mann von großem Geiste, dieser Vater, der zu seinem Sohne sagte: „Nur die Weisheit nach Urin?“ Wüßtest du, wie viel Geistesgegenwart, Geduldskraft, Scharfsinn und sogar Wozk nötig ist, um den Urin zu befragen, so würdest du seinen anderen Lebensbereich erreichen wollen. Wird man dich deshalb vielleicht Charlatan nennen? Aber was ist denn ein Charlatan? Ein Mann, der mehr Geist hat als die Volksmasse. Und ich frage dich, fehlt den meisten Ärzten mehr der gute Wille oder der Geist, um ihre Kunden zu künden? Doch still, da kommt mein Pfeifer, der mir wahrscheinlich die Antimit einiger Flaschen anzeigen will. Ich werde dir eine Probe von meiner Kunst geben.“

„Nun, Pfeifer,“ sagte Herr Mingit zu dem Musikanten, „was gibt es Neues?“

„Ein Bauer,“ erwiderte dieser, „ist gekommen, um Sie um Rat zu fragen.“

„Und hat Arabella ihn zum Schwatzen gebracht?“

„Ja, Herr Mingit, er bringt Ihnen Urin von seiner Frau, die auf einer Treppe gestürzt und vier oder fünf Stufen hinabgerollt ist. Fräulein Arabella erinnert sich nicht genau der Zahl.“

„Zum Teufel!“ sagte Herr Mingit, „das ist von Arabella sehr ungeschickt. Nun gleichwie, ich werde mich nachhelfen. Benjamin, erwarte mich mit dem Bauer in der Küche; du sollst sehen, was ein Arzt ist, der den Urin befragt.“

Herr Mingit trat durch die kleine Gartentür wieder in sein

Gaus und nach fünf Minuten langte er erschöpft und gliederstief, eine Weitepfische in der Hand, und in einen bis an den Krugen mit Rot beprägten Mantel gekleidet, in seiner Küche an.

„H!“ rief er, sich auf einen Stuhl werfend; „was für abscheuliche Wege! Ich bin wie gerammt; ich habe heute Morgen fünfzehn Stunden gemacht. Man ziehe mir schnell die Stiefel aus und wärme mir das Bett!“

„Herr Mingit, ich bitte Sie darum,“ sagte der Bauer, ihm seine Flasche hinhaltend.

„Geh zum Teufel mit deiner Flasche!“ verteilte Herr Mingit. „Du siehst wohl, daß ich nicht mehr kann. So seid ihr aber alle; jedesmal wenn ich aus der Umgegend zurückkehre, kommt ihr, um mich um Rat zu fragen.“

„Lieber Vater,“ entgegnete Arabella, „dieser Mann ist auch erkrankt; zwingt ihn nicht, morgen wiederzukommen.“

„Nun meinewegen! Sehen wir uns denn die Flasche an,“ sagte Herr Mingit mit äußerster ärgerlicher Miene, und sich dem Fenster nähernd, fügte er hinzu: „Das ist Frauenurin, nicht wahr?“

„Das ist richtig, Herr Mingit,“ antwortete der Bauer.

„Sie hat einen Fall getan,“ bemerkte der Doktor, die Flasche von neuem unterstehend.

„Genau eraten.“

„Auf einer Treppe, nicht wahr?“

„Sind Sie denn ein Zauberer, Herr Mingit?“

„Und sie ist vier Stufen hinabgerollt.“

„Diesmal stimmt es nicht ganz, Herr Mingit; sie ist fünf hinabgerollt.“

„Das ist rein unmöglich; zähle die Stufen deiner Treppe nach einmal, und du wirst sehen, daß sie nur vier Stufen hat.“

„Zäh bekuere Ihnen, mein Herr, daß sie fünf hat, und daß sie nicht eine einzige Überbrungen hat.“

„Das ist wunderbar,“ verteilte Herr Mingit, die Flasche von neuem prüfend; „aber gleichwohl kann ich aus dem, was darin ist, nur auf vier schließen. Hast du mir denn auch den ganzen Urin gebracht, welchen dir deine Frau übergeben hat?“

„Ein wenig habe ich auf die Erde gegossen, weil die Flasche zu voll war.“

„Nun bin ich nicht mehr überrascht, daß meine Rechnung nicht stimmen wollte. Nun haben wir die Ursache des Defizits; du hast die fünfte Stufe ausgedürrt, du Ungeachteter. Jetzt wollen wir deine Frau behandeln, als wäre sie fünf Stufen von der Treppe gefallen.“ Und er sah dem Bauer fünf oder sechs

kleine Päckchen und ebenso viel Flaschen, die Etiketten natürlich lateinisch.

„Ich hätte geglaubt,“ sagte mein Onkel, „Sie würden zuerst einen Aderlaß verordnet haben.“

„Wäre es ein Fall vom Pferde, ein Fall vom Baume, ein Fall auf der Landstraße gewesen, ja aber ein Fall auf einer Treppe wird stets so behandelt.“

Nach dem Bauer kam ein junges Mädchen.

„Nun,“ sagte der Doktor zu ihr, „wie geht es deiner Mutter?“

„Weit besser, Herr Mingit; aber sie kann ihre Kräfte nicht wieder gewinnen und ich wünschte Sie zu fragen, was sie tun soll.“

„Du fragst, was sie zu tun hat und ich möchte wetten, daß du nicht einen Sou hast, um Medizin zu kaufen.“

„Leider, nein, mein guter Herr Mingit; denn mein Vater hat seit acht Tagen keine Arbeit mehr.“

„Aber zum Glück, wie kann sich deine Mutter dann unterstehen, krank zu werden?“

„Seien Sie unbesorgt, Herr Mingit, sobald mein Vater wieder Arbeit hat, werden Sie für Ihre Besuche bezahlt werden; er hat mir ausdrücklich angetragen, es Ihnen zu beteuern.“

„Gut! Das ist also wieder eine neue Dummeheit! Ist denn dein Vater toll, daß er mir me'ne Besuche bezahlen will, wenn er kein Brot hat!... Für wenn hält mich denn dein kaffeeopferger Vater? Du wirst dir heute Abend einen Saft Mengform von meiner Mühle holen und nimmst jetzt gleich einen Karb allen Weines und ein Sammelviertel mit; das hat deine Mutter für den Augenblick nötig. Wenn sich in den nächsten zwei oder drei Tagen ihre Kräfte nicht erholen, so wirst du es mir sagen lassen. Geh, mein Kind!“

„Nun,“ fragte Herr Mingit Benjamin, „wie findest du diese Urinmedizin?“

„Sie sind ein braver und würdiger Mann, Herr Mingit; das gereicht Ihnen zur Entschuldigung; aber zum Teufel, Sie werden mich nie dazu bringen, bei einem Sturz von der Treppe etwas anderes als einen Aderlaß anzuwenden.“

„Dann bist du noch ein Neuling in der Arzneikunst; dann weißt du noch nicht, daß Apothekern bei dem Bauern unentbehrlich sind, wenn er nicht glauben will, daß du ihn vernachlässigst.“

„Nun gut; denn du sollst den Urin nicht befragen; aber mach, du hättest ein geametes Stiefel abgegeben. (Fortf. folgt.)“



### Berichtszeitung.

**Treibriemendiebe.** In Mannheim waren zahlreiche Treibriemendiebstähle festgestellt worden. Schließlich war es gelungen, eine Diebesbande zu verhaften, die sich hauptsächlich mit dem Diebstahl dieses Ledergegenstandes befand. Als die Gesellschaft sich hinter Schloß und Riegel befand, hörten dann auch die Treibriemendiebstähle auf. Jetzt hatte die Strafkammer über die Mitglieder der Gesellschaft ihr Urteil zu sprechen. Es erhielten der 32jährige Former Andreas Geis aus Frankfurt 4 Jahre Gefängnis und 10 Jahre Ehrverlust, der 32jährige Josef Klinger aus Mannheim 3 Jahre Gefängnis und 10 Jahre Ehrverlust, der 23jährige Jakob Diez aus Lambertheim 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, der 24jährige Schleifer Wilhelm Sommer aus Mannheim 2 Jahre 8 Monate Gefängnis und die Kellnerin Wilhelmine Häder geb. Hofmeister 1 Jahr Gefängnis.

**Eisenbahnarbeiter.** Der 43jährige Tagelöhner Adolf Kempff aus Oggersheim und sein 15jähriger Neffe Karl Kempff verübten eine Anzahl Eisenbahn Diebstähle. Aus einem Eisenbahnwagen entwendeten sie ein Paket Schuhe im Werte von 500 M. und einen Schließhaken und andere Gegenstände. Die Strafkammer in Mannheim verurteilte Adolf Kempff zu 2 Jahren Gefängnis, den Karl Kempff zu einem Jahr Gefängnis.

**Wegen Verletzung der Wehrpflicht** hatten sich vor der Strafkammer in Konstanz 99 Angeklagte, die allerdings nicht ergriffen waren, zu verantworten. Sie waren sämtlich beschuldigt, ohne Erlaubnis ins Ausland gewandert zu sein. Eine Reihe der Angeklagten wurde zu Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten und Geldstrafen bis zu 400 M. verurteilt. Eine größere Zahl wurde freigesprochen.

### Aus der Stadt.

\* Karlsruhe, 26. September.

#### Die Abgabe von Herbstobst an Angehörige und Verwandte.

In der „Karlsruh. Ztg.“ wird geäußert, daß die Bestimmung der Bad. Obstverordnung, wonach die Abgabe von Herbstobst an Angehörige und nahe Verwandte nummehr an die allgemeinen Versorgungsbedingungen gebunden ist, von denselben in manchen Fällen als Verschlechterung des früheren Zustandes empfunden werden wird. In dem halbamtlichen Artikel wird darauf hingewiesen, daß die Bad. Obstverordnung durch die Verpflichtung, 60% der Herbstobsternte für die Marktlabehaltung, Dürrrohbereitung und dergl. abzuliefern, zu ihren getroffenen Bestimmungen gezwungen wurde und weil trotz aller Bemühungen die sich immer mehr ausbreitende Inflationskurve nicht verhindert werden konnte. Die Möglichkeit, Angehörigen usw. Obst zuzusenden, soll aber nicht etwa in Zukunft wegfallen. Sie erfährt vielmehr insofern eine Erweiterung, als die zugelassene Obstmenge nicht auf 30 Pfund für eine Monatsendung beschränkt bleibt, sondern nach der Kopfzahl der zu bedienenden Familie (20 Pfund für die Person) eventl. weitlich höher bemessen wird. Allerdings wird sie den für den direkten Obstbesitz allgemein aufgestellten Bedingungen unterworfen und es darf deshalb auch an Angehörige usw. Obst nur noch gesendet werden, wenn der Erzeuger den Nachweis erbracht hat, daß er seiner Ablieferungsverpflichtung gegenüber nachgekommen ist.

#### Wovon das Volk spricht.

Es gehört nicht zu den uninteressantesten Erscheinungen des Tages, in einer mühsigen Stunde Umstapfen zu laufen, die in der Straßbahn oder beim Antehen vor einem Laden geführt werden. Sie geben ein Bild der Zeit, wie es sich sonst geteuer und schärfer wohl kaum zeichnen läßt.

Da sitzen mir in der Bahn ein paar alte, runzelgegerbte Grauhäute gegenüber. Nur dann und wann wechseln sie ein Wort. Natürlich vom Kriege. Haben beide Söhne und Schwiegeröhne im Felde. Fast jeder von denen hat schon eine oder mehrere Verwundungen davongetragen. Aber immer wieder wurden sie ausgehakt und ausgehakt, mußten sie an die Front. Nun stehen sie alle im Weiten, wo die furchtbare Schlacht tobte. Und die Nachrichten fließen so spärlich! Der eine der beiden Alten holt eine abgegriffene Feldpostkarte mit zitternden Fingern aus der Rocktasche. Nur ein paar Worte stehen darauf: „Noch geht es mir gut!“ Halblaut murmeln sie seine werten Lippen. Sein Nachbar nickt ein paarmal schwer mit dem graubehaarten Kopf. Mit einem Seufzer seht der andere das von der Front kommende Lebenszeichen wieder fort. Und beide starren mit groben, müden Greisenaugen stumm und still vor sich hin.

Den beiden Alten gegenüber haben ein paar Frauen Platz genommen. Die haben die Köpfe dicht aneinander gedreht und tuscheln und zischen ohne Pause sich allerlei zu. Nur dann und dann wird ein Wort oder ein kurzer Satz verständlich. Die Re-

bensmittelfrage wird debattiert, die Nahrungsnot besprochen. Sie reden sich in eine Erregung hinein, die ihnen die kalten Wangen rötet. Kamentlich, wenn irgend etwas ganz besonders Geheimnisvolles von einer Nachbarin „mit Beziehungen“ berichtet wird, kommt ein kalter Reizglanz in die Augen. Dann beugen sich die Köpfe tiefer.

Und neben dem Alter sitzt dann noch die Jugend, blonde, leiblich frische und immerhin noch frohe Mädels. Auch die haben ihre Gespräche und Geheimnisse. Ein paar Briefe und Bilder von Feldgrauen werden aus den Handtäschchen geholt, gezeigt und wieder sorgfältig berückt. Dann werden Preise von Seidenblusen und Schuzeug debattiert. Alles mit einem gewissen Eifer.

Und die Herbstsonne meint es gut. Sie glüht durch die Scheiben des Wagens, schmeigt sich an die Wangen der jungen Mädchen, streichelt die verarbeiteten Finger der Männer und übergoldet die Scheitel der alten Frauen.

Aber der Frieden, der die Hoffnung aller bildet, will immer noch nicht kommen. Wie lange wird es noch dauern, bis die Völker bezw. ihre Regierungen zur Vernunft kommen?

**Wochenartenverkaufsstelle am Durlacher Tor.** Nach einer Bekanntmachung des städtischen Bahnamts wird von übermorgen Samstag ab zur glatteren Abwicklung des Verkaufes von Wochenkarten im Wartesaal Durlacher Tor eine Kartenverkaufsstelle eingerichtet. Die Abfertigung findet Samstags, nachmittags von 2 bis 7 Uhr und Sonntag vormittag von 10 bis 12 Uhr statt.

Damit ist einem alten Antrag der sozialdemokratischen Bürgervereinskommission endlich Folge gegeben worden. Allerdings etwas spät, denn die Einrichtung wurde schon zu Anfang d. J. zugezagt. Na, was lange währt, wird endlich gut.

**Arbeiter-Jugend.** Heute Abend Zusammenkunft im Lokal „Cambriusgasse“, Ludwigplatz. — Vortragsabend.

**Kriegsanleihe.** Die Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Pfefferfabrikation vormals G. Sinner beteiligt sich an der 9. Kriegsanleihe wiederum mit einem Betrage von 1 1/2 Millionen Mark.

**Na. Zur Kartoffel-Verorgung** wird uns von zuständiger Stelle geschrieben: Die Hoffnung, daß sich die Verhältnisse in der Anlieferung der Kartoffeln bessern, ist, infolge Umfliegens der Witterung in den letzten Tagen, leider nur teilweise in Erfüllung gegangen. Es werden daher vorerst die noch zurückliegenden Partien D Nr. 94 mit 4 Pfund eingekauft. Für die Kartoffelmarte A Nr. 95 können zunächst nur 2 Pfund zugezagt werden. Die Möglichkeit des Ankaufes zur Kartoffelmarte A Nr. 95 bleibt jedoch bestehen. Derselbe wird eingekauft, sobald Vorräte angeliefert werden, die noch diese Woche in Aussicht stehen. Sollte es nicht gelingen, den Anhang mit Kartoffeln einzuliefern, so wird voraussichtlich eine andere Ware darauf veranfolgt werden. Das Kartoffelamt läßt selbstredend keinen Schritt unversucht, um über die jetzige Lieferungszeit bis zur Späterkollerte hinwegzukommen und ausreichende Mengen beizuschaffen. Es hat aber in diesem Jahre hauptsächlich die Anlieferung von Kartoffeln aus der näheren Umgebung der Stadt (Karlsruhe-Land) fast vollkommen versagt. Der Kommunalverband Karlsruhe-Land hat z. B. dieses Jahr rund 10 000 Zentner weniger geliefert, wie im Vorjahr, welches Quantum eben über die Lieferungszeit hinweghelfen sollte. Zum Teil dürfte diese Minderlieferung auf die wenig ergiebige diesjährige Frühkartoffelernte zurückzuführen sein, zum geringen Teil aber auch darauf, daß so viele Leute die in der Nähe erhältlichen Frühkartoffeln unter oft erheblicher Ueberbietung der festgesetzten Höchstpreise aufkauften. Diese Mengen müssen natürlich bei der allgemeinen Verorgung ausfallen.

**Na. Lebensmittelverteilung.** Neben den sonstigen allgemeinen Waren werden diese Woche Weizenriesen, Kaffee-Suppen (eigene Herstellung des Nahrungsmittelamts), Kaffee-Erbsen und Nahrungsmittel verteilt. Im übrigen gibt es auch diese Woche wieder 300 Gramm Zucker. — Auch werden weiter Suppenwürste und Knochenbrüherast in den städtischen Verkaufsstellen und einschlägigen Geschäften ausgegeben werden. Fett kann vorläufig in der nächsten Zeit nur noch 100 Gramm abgegeben werden. Diese Woche kommen die Fettverkaufsstellen Nr. 1 bis 200 an die Reihe.

**Zur Petroleumverorgung** wird uns von zuständiger Stelle geschrieben: Die Aussichten für die Verorgung der Bevölkerung mit Leuchtöl sind auch im kommenden Winter noch recht unangünstig. Es werden demzufolge nur diejenigen Haushaltungen ein beschränktes Quantum Petroleum erhalten können, die weder Gas noch Elektrizität in der Wohnung haben, und die auch nicht etwa in der Lage sind, die Räume, in welchen ein Beleuchtungsbedürfnis vorliegt, noch nachträglich an die Gasleitung bezw. elektrische Lichtleitung anschließen zu lassen. In allen Fällen, wo die Möglichkeit eines Anschlusses an eine bereits vorhandene Lichtleitung besteht, muß die Abgabe von Petroleum verweigert

werden. Es muß gleichzeitig auf das Anschaffen von Carbidlampen oder Accumulatorlampen hingewiesen werden, auch wird wiederholt der Ankauf der Petroleum-Paralampfen empfohlen, die zum Preis von 15 Pfg. in den städtischen Verkaufsstellen zu haben sind und deren Verwendung eine rationelle Ausnutzung des Petroleum gewährt. Eine geringe Menge von Kerzen ist uns von Reichswegen gleichfalls in Aussicht gestellt.

**Welt-Kino, Kaiserstr. 133.** Das neue Programm, das nur noch heute und morgen zur Aufführung gelangt, bringt als Hauptnummer das fünfaktige Schauspiel „Vater und Sohn“, mit Albert Wassermann, dem bedeutenden Schauspieler in der Hauptrolle; Wassermann ist auch der Verfasser dieses Schauspiels. Des weiteren folgt ein Lustspiel „Harry will energisch werden“ für den heiteren Teil des Programms, so daß jedem Geschmack Rechnung getragen ist und jeder Besucher auf seine Kosten kommt.

**Fußballwettkämpfe.** Die Spiele des vergangenen Sonntags brachten folgende Resultate: K. F. V. siegt über F. V. Weierheim 1 zu 0, Mühlburg und „Rhin“ spielen unentschieden 2 zu 2, „Kantoria“-Karlsruhe schlägt die Kriegsmannschaft Durlach-Gröningen mit 3 zu 1, während B. f. V. Karlsruhe mit 3 zu 0 gegen „Frankonia“-Karlsruhe siegt.

### Theater, Kunst und Wissenschaft.

**Maxim Gorkis „Weltliteratur“.** Wie aus Moskau berichtet wird, hat der größte lebende russische Dichter, Maxim Gorki, sich jetzt mit der Sowjet-Regierung, der er bisher feindlich gegenüberstand, zur Durchführung eines großen literarischen Planes zusammengelassen. Er schloß mit dem Volkskommissar für Volksaufklärung, Lunin, einen Vertrag ab, dem zufolge Gorki im Auftrage des Kommissars die Organisation eines Verlags übernimmt, der „Die Weltliteratur“ heißen wird. Die Hauptaufgabe des Verlags wird darin bestehen, Uebersetzungen von allen hervorragenden Werken aus der Literatur aller Nationen aus der Zeit des 18. und 19. Jahrhunderts in 2000 fünfteilige illustrierte Bände herauszugeben. Jeder dieser Bände soll eine bis zwei Erzählungen enthalten, die das Leben der verschiedenen Völker schildern und für ihre Geistesart charakteristisch sind. Die Auswahl der Werke und die ganze Redaktion ist Gorki überlassen. Unter Gorkis und Lunins Leitung soll auch eine Halbmonatsschrift herausgegeben werden, die besonders die Aufgabe verfolgt, die russische Gesellschaft über die Verhältnisse im Ausland zu unterrichten.

**Verroht, verbummt, vergiftet, verarmt.** Als Antwort auf eine Rundfrage der schwedischen Zeitschrift „Literatur“ antwortete der Literaturförderer Georg Brandes: „Nach meiner persönlichen Auffassung hat der Krieg die Menschheit ein Jahrhundert oder noch mehr zurück gebracht. Er hat die jungen Kräfte zu Hunderttausenden ausgerottet, von denen eine Erneuerung des geistigen Lebens sonst hätte erwartet werden können. Er hat Europas wirtschaftliche Hilfsquellen zum Verliegen gebracht und die Völker in bodenlose Schulden gestürzt. Er hat durch seine Gewaltthaten die Gemüter in unerhörtem Grade verroht. Er hat durch die systematisch durchgeführte gegenseitige Verleumdung mittels einer teils gefälschten, teils falschen Presse Europa verbummt. Er hat durch den Haß, den Gewaltthaten und Verleumdungen geizt haben, das Seelenleben der Massen vergiftet. Er hat durch die fürchterliche Beutelei im Dienste der Gerechtigkeit den Grundstock an Wahrheitsliebe verringert, den das menschliche Geschlecht mühsam erworben hatte. Er hat also durch tätlichen Massenmord und raubmännige Verleumdung zu unmöglichen und unproduktiven Forderungen verarmt, verroht, verbummt, vergiftet. Ich für meine Teil erwarte nur unendlich wenig von der Literatur, die aus einem Erdboden erwachsen wird, der gedüngt ist mit dem Blute der Jugend, den Lügen der Politiker und dem Schmutz der Zeitungen.“

### Briefkasten der Redaktion.

**F. S. in Felde.** Nur als Interoffizier hätten Sie nach der entsprechenden Dienstreit Anspruch auf Sergeantenlohnung.

**Verantwortlich:** Für den redaktionellen Teil Hermann Kadel; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Dachsenstraße 24.

Am 14. September 1918 ist eine Bekanntmachung (Nr. E. 19. 18. R. N. A.) erschienen, durch die Höchstpreise für ferne- und feinsten Materialien (Silber- und Chamottesteine sowie Mörser) festgesetzt werden. Die für die einzelnen Materialien und ihre Qualitätsstufen bestimmten Preise ergeben sich aus einer in der Bekanntmachung enthaltenen Preisliste.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Bürgermeistern und Polizeibehörden einzusehen. 4926

### Aus aller Welt.

**Spirituslieferungen.** Wie dem „Berl. Lokalanzeiger“ aus Posen berichtet wird, ist die dortige Polizei umfangreichen Spirituslieferungen auf die Spur gekommen. Drei Verhaftungen wurden bereits vorgenommen, darunter die des Rechtsanwalts Egon und seiner Wirtschaftlerin.

**Erdbeben auf den griechischen Inseln.** Die italienischen Zeitungen melden starke Erdbeben im griechischen Inselbereich, die besonders in Milo (Delos) Verwundungen angerichtet haben. Man zählte dort 300 Tote und über 2000 Verwundete. Fast alle größeren Gebäude seien eingestürzt.

**Der ansässige „Schutzmann“.** Wenn es nach den Bezirffen unserer Herzogtümer eine staatsverhaltende Tätigkeit gibt, so ist es sicher die eines königlich preussischen Schutzmannes. Nun aber befragt sich die „Preussische Schutzmänner-Zeitung“ (Nr. 35), daß der Schutzmann von demselben Staate, den er schützen solle, mißachtet werde, und zwar nicht nur in Zivilschutz, sondern auch im Deere.

Erst kürzlich befand sich ein Kamerad in unserer Mitte, der seit Anfang des Krieges im Felde steht und der recht unangenehme Erfahrungen gemacht hat. Er sollte auf Vorschlag seines Generals zum Offizier der Landwehr ernannt werden. Alles ging gut, nur als die Zivilstellung in Frage kam, da konnte er nicht befristet werden, weil er den Titel „Schutzmann“ führte. Der Titel genügte dem Ansehen nach den höchsten militärischen Stellen nicht. Schließlich hat sein Truppenchef doch durchgesetzt, daß er das Offizierspatent erhalten hat, weil er ein äußerst tüchtiger Soldat ist.

Ein zweiter Fall. Ein Kamerad als Offiziersstellvertreter nahm stets an der Tafel der Offiziere teil. Es wurde da mancher Gespräch geführt, an dem auch der Kamerad sich rege beteiligte und von den Offizieren gerne angehört wurde. Eines Tages erkundigte sich der Hauptmann, der ihn anscheinend bis dahin für einen akademisch gebildeten Juristen gehalten hatte, nach seinem früheren Beruf. Der Kamerad erwiderte, ohne sich seiner Stellung zu schämen: Nein, Herr Hauptmann, ich bin nicht Akademiker, ich bin nur königlicher Schutzmann.

Man möchte fast denken, unter Kamerad nicht mehr an der

Offiziersstapel teilnehmen. Warum? Das konnte er sich ja leicht denken.

Die „Schutzmänner-Zeitung“ behauptet, es sei vielen Kameraden ähnlich ergangen; deshalb wollten die Schuttmänner nicht mehr „Schutzmann“, sondern „Wachmeister“ oder etwas Ähnliches sein. Auch andere Abschlüsse wollen sie haben.

Die Schuttmänner haben eine feine Witterung. Äpfel, Kressen und Keschelstüde sind die Zeichen, unter denen einstecken noch in Preußen „Freie Bahn den Tüchtigen“ gewahrt wird.

**Stolz will ich den Spanier!** In einem Briefe aus Schwaben wird, wie wir dem „Volkswillen“ in Gannover entnehmen, einem Bremer Einwohner unterm 28. August geschrieben:

Gestern ist hier auch wieder ein Ding passiert. Ein Soldat stand am Schloß auf Wache. Kommt da ein Junge von 12 Jahren zu ihm und verlangt, daß die Wache in 5 Gewehr tritt und präsentiert. Der Soldat hat natürlich gefragt, ob er eine Kleinigkeit von einer Kopffranke mitbekommen hat. Der Junge ist verschunden und kommt dann mit einem Hauptmann wieder, der den Soldaten dann ohne weiteres hat einperren lassen. Der Junge war der Prinz des Medlenburger Hauses.

Wie konnte nur der Soldat, dessen Brust vielleicht das Eiserne Kreuz ziert, einen zwölfjährigen Prinzen, der fürs Vaterland sich selbst schon viel geleistet hat, nicht kennen! Wir schlugen vor, die Photographien aller Fürstlingsprätendenten den Soldaten einzuhändigen, damit solche fälschlichen Unterlassungssünden, wie da eine in Schwaben passierte, nicht mehr vorkommen. Und wenn ein Floß George wiederum Barbaren schimpft, wollen wir ihn fragen, ob auch in England Sitte und Anstand betrat gewahrt werden, daß man jemanden einperren, der einen 12jährigen Jungen nicht grüßt.

**Kriegswunder bei Heereslieferungsgeheimnissen.** Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Leipzig geschrieben: „In einer kürzlich ergangenen Entscheidung befähigt sich das Reichsgericht mit einem leider wohl nicht ganz seltenen Fall von Kriegswunder, dem Hineinbringen eines Zwischenhändlers in ein Heereslieferungsgeheimnis in der Absicht, einen übermäßigen Gewinn für sich herauszuschlagen. Ein derartiges Verhalten geißelt das Reichsgericht als in hohem Maße gegen die guten Sitten verstoßend und erklärt demgemäß darauf abzielende Verträge für nichtig. Der Entscheidung lag folgender Streitfall zugrunde:

Der Kaufmann E. in Berlin schloß im März 1915 mit einer Berliner Textilwarenfabrik einen Vertrag, wonach sich die letztere verpflichtete, ihm 18 000 Deden zum Preise von 840 Mark für das Stück zu liefern, die er an die Heeresverwaltung weiterverkaufen wollte, wobei er aber, weil diese nur unmittelbar von Fabrikanten kaufte, als Bevollmächtigter der Fabrik auftreten sollte. Die letztere sollte die Deden direkt an die Heeresverwaltung liefern, den von dieser zu zahlenden Preis in Empfang nehmen und den über die vereinbarten 840 M. pro Dede hinausgehenden Betrag an E. abliefern. E. hat die Deden dann auch wirklich unter Auftritten als Vertreter der Fabrik in deren Namen an die Heeresverwaltung weiterverkauft, und zwar für 10,75, also um 2,35 M. mehr pro Stück. Zu einer Lieferung ist es aber nicht gekommen, weil die Heeresverwaltung den Vertrag nach direkten Verhandlungen mit der Fabrik gestrichen hat. E. erhob nunmehr gegen die Fabrik Klage auf Schadenersatz und zwar verlangt er den ihm entgangenen Gewinn von 2,35 M. für jede Dede, zusammen 42 300 M.

Sowohl vom Landgericht I in Berlin, als auch vom Kammergericht ist die Klage abgewiesen worden. Das Reichsgericht hat diese Entscheidung bestätigt, indem es in seinen Entscheidungsgründen u. a. ausführt:

Mit Recht spricht das Kammergericht von „arglistigen Machenschaften“ des Klägers sowie davon, daß in Wahrheit der Kläger der Verkäufer der Deden an die Heeresverwaltung gewesen sei. Weil der Kläger wusste, daß die Heeresverwaltung nur von den Erzeugern selbst kaufte oder doch kaufen wollte, gab er, nachdem er die Ware von der Beklagten, der Textilfabrik, zu einem bestimmten Preise gekauft hatte, diese als die Verkäuferin und sich als deren Vertreter aus, und zwar, um auf diese Weise durch bewußte Täuschung über die tatsächlichen Verhältnisse und unter Schädigung der Allgemeinheit für sich einen ganz übermäßigen Gewinn herauszuschlagen. Daß ein solches, den sogenannten Kriegswunder darstellendes Handeln dem Anstande gänzlich aller billig und gerecht Denkenden in hohem Maße widerspricht und also gegen die guten Sitten verstößt, kann mit Zug nicht in Zweifel gezogen werden. (II, 47/18 — 4. Juni 1918.)

Wundern kann man sich nur über das geradezu erstaunlich süühe — wir brüden uns milde aus — Auftreten solcher Leute. Wie viele Millionen mögen aber dem Reiche abgezogen werden durch Geschäfte, in denen der Eid gelinmt?

